

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten **Ertlschweiger, MSc.**
Kolleginnen und Kollegen
betreffend „**Kampf gegen Schlepperkriminalität**“

eingbracht im Zuge der Debatte zur EU-Erklärung des Bundeskanzlers gemäß § 74b Abs. 3 der Geschäftsordnung des Nationalrates zum Zwecke der Erörterung der Ergebnisse der außerordentlichen Tagung des Europäischen Rates vom 23. April 2015

Bereits mehrfach verlangte das Team Stronach mittels Entschließungsantrag die Erhöhung der Mittel im Kampf gegen die Schlepperkriminalität (259/UAE), wobei dies zuletzt am 22.10.2015 von SPÖ und ÖVP, von den Grünen und den NEOS abgelehnt wurde.

Die Schlepperkriminalität ist weiter auf einem sehr hohen Niveau und die dramatischen Ereignisse im Mittelmeer haben die Thematik in den medialen Mittelpunkt rücken lassen.

Das Meinungsbild scheint sich seitdem zu wandeln und der Wille zur entschiedenen Bekämpfung der Schlepperkriminalität war vielfach zu vernehmen.

Die Problematik ist von erheblicher Dimension, wie die ständig steigenden Zahlen laut Bericht „Schlepperei 2014“ des Bundeskriminalamts belegen:

Im Jahr 2014 wurden insgesamt 34.070 Personen aufgegriffen. Das bedeutet im Vergleich zu 2013 (27.486 Personen) eine Steigerung um 24 %. Die Zahl der Schlepper stieg von 352 (2013) auf 511 (2014) um 45 %. Die Zahl der geschleppten Personen stieg von 12.323 (2013) auf 20.768 (2014) um 68,5 %. Bei der Zahl der rechtswidrig Eingereisten oder rechtswidrig Aufhältigen gab es von 14.811 (2013) auf 12.791 (2014) einen Rückgang um 14 %.

In diesem Bericht sind die Dunkelziffern naturgemäß nicht berücksichtigt. Es ist davon auszugehen, dass die tatsächlichen Zahlen weit höher ausfallen.

Vor diesem Hintergrund stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Inneres, wird aufgefordert, dem Nationalrat ehestmöglich eine Regierungsvorlage vorzulegen, in welcher eine finanzielle und personelle Mittelerrhöhung für den Kampf gegen die Schlepperkriminalität vorgesehen ist.“

